

Berlin, 04.06.2024

Stellungnahme

Drucksache 20/11427 der Gruppe Die Linke “Gesundheit für alle – Modern, gemeinwohlorientiert und solidarisch”

In Drucksache 20/11427 fordert die Gruppe Die Linke im Bundestag unter anderem eine Modernisierung und Aufwertung der Ausbildungen im Gesundheitssektor, darunter die der Apotheker*innen. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass der Gesundheitssektor seit Jahren an systematischen Problemen leide, die nicht mehr durch einfache Eingriffe behoben werden könnten. Hintergrund der Drucksache ist die Zahl der Apotheken im Land, die auf dem niedrigsten Stand seit 40 Jahren sei, wodurch eine flächendeckende Arzneimittelversorgung nicht gewährleistet werden könne. Auch sei die Versorgung der Bevölkerung durch Arzneimittellieferengpässe gefährdet, Medikamente seien zu teuer und die Kosten würden das Gesundheitssystem zu stark belasten. So sei klar zu sehen, dass die Privatisierung im Gesundheitssektor dem Endverbraucher eher schaden als nützen würde.

Der Bundesverband der Pharmaziestudierenden in Deutschland e. V. (BPhD) begrüßt Maßnahmen zur Sicherung der Gesundheitsversorgung sowie in diesem Rahmen auch die Modernisierung der Ausbildung der Apotheker*innen.

Strukturelle Anpassung des Pharmaziestudiums

Auch der BPhD erkennt die Notwendigkeit von qualifiziertem Personal im Gesundheitssystem, um die Gesundheitsversorgung der Patient*innen zu gewährleisten. Die langfristige Grundlage für qualifizierte Apotheker*innen stellt die Ausbildung durch das Pharmaziestudium dar. Zur adäquaten Modernisierung des Pharmaziestudiums ist aus Sicht des BPhD eine Anpassung des strukturellen Rahmens des Studiums dringend nötig. Diesen Rahmen bildet die Approbationsordnung für Apotheker*innen (AAppO). Die aktuell gültige AAppO ist bereits vor 23 Jahren in Kraft getreten. Seither ist das Berufsbild der Apotheker*innen im stetigen Wandel, wie zum Beispiel durch die eingeführte Möglichkeit Covid-19 und Grippe Impfungen in den Apotheken durchführen zu können oder auch die mittlerweile vergüteten pharmazeutischen Dienstleistungen, sowie die immer fortschreitende Digitalisierung. Den zunehmenden Fokus des Berufs auf Patient*innen begrüßt der BPhD ausdrücklich. Der BPhD stuft die aktuelle Fächerverteilung als veraltet ein und fordert den Ausbau der Klinischen Pharmazie und der Pharmakologie sowie einer Verlängerung des Studiums um zwei Semester. Des Weiteren kritisiert der BPhD, dass das Pharmaziestudium momentan keinerlei wissenschaftliche Arbeit vorsieht. Der BPhD positioniert sich außerdem für eine Stärkung der interprofessionellen und patientenorientierten Lehre im Pharmaziestudium. Durch die Novellierung der AAppO können nicht nur angehende Apotheker*innen besser auf die Herausforderungen des aktuellen Arbeitsmarkts

vorbereitet werden, sondern auch die Gesundheitsversorgung insgesamt davon profitieren.

Kostenfreie Zulassung zu den Examenprüfungen

Neben den regulären Studiengebühren zahlen Pharmaziestudierende in Berlin, Hessen und Saarbrücken zur Zulassung zu den drei Examenprüfungen Verwaltungsgebühren. Die Gebühren belasten finanziell schlechter aufgestellte Studierende am meisten. Der BPhD fordert die Entlastung der angehenden Apotheker*innen durch das Wegfallen der Gebühren für Studierende, um gegen soziale Ungerechtigkeit vorzugehen und die Chancengleichheit zu erhöhen.

Lieferengpassmanagement und Arzneimittelversorgung

Die anhaltenden Lieferengpässe für Arzneimittel werden sich in naher bis mittlerer Zukunft nicht verbessern, sondern es ist zu erwarten, dass sie sich noch weiter verschärfen. Auch hier können sich Apotheker*innen als Expert*innen für Arzneimittel in der Konzeptfindung einbringen. Dies könnte zum Beispiel durch eine gesetzliche Änderung geschehen, die es Apotheker*innen ermöglicht, Arzneimittel bei Nicht-Verfügbarkeit innerhalb einer Arzneistoffgruppe auszutauschen.

Die Versorgung durch wohnortnahe Apotheken spielt ebenfalls eine entscheidende Rolle. Insgesamt müssen Maßnahmen gefunden werden, welche kurz- und langfristig die Arzneimittelversorgung für die Bevölkerung sicherstellen. Der BPhD sieht den Entfall des Mehrbesitzverbots dabei nicht als zukunftssträchtige Maßnahme. Weitere Betriebserlaubnisse könnten zu einer Distanzierung der betreibenden Apotheker*innen von ihrer eigentlichen Kernaufgabe, nämlich der nahbaren Gesundheitsversorgung und Führung der eigenen Apotheke sowie Mitarbeitenden, führen und im Gegenteil in einem Kettensystem enden.

Die gescheiterte Privatisierung vieler Sektoren soll sich im Apothekenwesen nicht wiederholen. Deshalb fordert der BPhD, die vorwiegend mittelständigen Apothekenunternehmen durch geeignete Maßnahmen vor Monopolisierung zu schützen.

Fazit

Der BPhD unterstützt die zu Beginn genannten Forderungen der Gruppe Die Linke. Besonders wichtig ist dem BPhD die Modernisierung und Aufwertung der Ausbildung zum* zur Apotheker*in. Dies muss durch die Novellierung der AAppO geschehen, die das Potential hat, zu Lösungen der vielen Probleme im Gesundheitssystem beizutragen und eine bessere und bewussteren Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln sicherzustellen.

Weitere Informationen finden Sie auf www.bphd.de.